

d's andre blättle

ORTSZEITUNG DER SPD FÜR SONTHEIM, BRENZ UND BERGENWEILER; 42. JAHRGANG, März 2018/Nr. 160

Liebe Sontheimerinnen, liebe Sontheimer,



*am Ende des ersten Weltkrieges vor 100 Jahren, im November 1918, wurde das Wahlrecht für Frauen beschlossen. Ich ziehe den Hut vor den Frauen und Männern, die viele Jahre dafür gekämpft haben – sie mussten Häme, Spott und anderen Unbill ertragen. Wie viel einfacher haben wir Frauen es hundert Jahre später, uns aktiv an der Politik zu beteiligen, uns einzumischen. Frauen haben aber nach wie vor Nachteile. Von einer echten Gleichberechtigung sind wir noch weit entfernt. Darum bilanzieren wir am Internationalen Frauentag. Wir zeigen auf, was noch zu tun ist, und wir feiern bereits Erreichtes.
Was ist zu tun?*

Schauen wir uns die Entgelte, die Renten, die Vermögensverteilung, die Verteilung bezahlter und unbezahlter Arbeit und vieles mehr an. Schauen wir Werbefilme der Fünfzigerjahre an – dann wissen wir, was sich verändert hat.

Liebe Frauen, machen wir weiter. Kandidieren Sie für den Gemeinderat? Denken Sie darüber nach. Nein, Sie müssen nicht perfekt sein. Unter uns: Männer sind es auch nicht. Denken wir an die streitbaren Frauen, die so unerschrocken für das Wahlrecht gekämpft haben. Ich finde, denen sind wir es schuldig, das Staffelholz weiterzutragen.

Mich freut es, wenn in Sontheim in der siebenköpfigen SPD-Fraktion drei Frauen sind. Ein Verhältnis, das dem ganzen Gemeinderat gut tun würde und auch dem Landtag in Baden-Württemberg, quer durch alle Parteien. Es darf auch gerne mehr sein.

Spätestens 2019 bei den Kommunalwahlen werden Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger aus Sontheim, Brenz und Bergenweiler, das vor Ort neu entscheiden. Ich melde mich vorher aber nochmal ganz sicher über das tolle „Blättle“ des SPD-Ortsvereins zu weiteren Themen.

*Bis dahin herzliche Grüße
Ihre Leni Breymaier
(Bundestagsabgeordnete und SPD-Landesvorsitzende)*

Kommen Sie gerne beispielsweise über mein Wahlkreisbüro auf mich zu:
Beim Hecht 1 in 73430 Aalen
(telefonisch 07361-5588093 oder
digital: leni.breymaier@bundestag.de).





Klimaschutzmanager für den Landkreis Heidenheim

Im Oktober 2017 bewilligte das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit die Förderung eines Klimaschutzbeauftragten für den Landkreis Heidenheim. Auf die daraufhin ausgeschriebene Stelle bewarben sich laut Landkreisverwaltung 38 Personen aus dem ganzen Bundesgebiet. Die jetzt von der Landkreisverwaltung eingestellte Person hat die Stelle am 1.1.2018 angetreten. Unser neuer Klimaschutzmanager hat einen Masterabschluss in Umwelttechnik an der Universität Stuttgart erworben. Seine Aufgaben umfassen in erster Linie die Initiierung und Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen im Verantwortungsbereich des Landkreises und die Beratung der Kommunen im Landkreis rund um das Thema Klimaschutz. Seine Stelle wird mit 65 % vom Bundesumweltministerium gefördert und ist zunächst auf drei Jahre befristet.



Kevin Jehle wird künftig die Klimaschutzmaßnahmen des Landkreises koordinieren und die Projekte zum Klimaschutz ausbauen. Angedacht ist bereits, verstärkt Ladestationen für E-Fahrzeuge zu schaffen, das Projekt E-Bürgerbus voranzutreiben, das Thema Klimaschutz an den Schulen zu vertiefen und Vorträge zu den Möglichkeiten der Energiewende anzubieten.

Foto: www.landkreis-heidenheim.de



Die Entscheidung beim Mitgliedervotum ist gefallen. 66,02 % der Mitglieder stimmten für eine „Große Koalition“ von CDU/CSU und SPD. Die Wahlbeteiligung lag bei 78,39 %.

Bis 12. März sollen die 6 SPD-Bundesminister benannt werden, und kurz darauf erfolgt die Wahl von Angela Merkel zur neuen Bundeskanzlerin.

Liabe Sodamer, Brenzer ond Berger Mitbürgerenna ond Mitbürger,

ja hat jetzt ao oser Gmoid an oigana Solarpark? Ma kennt's moina, wenn ma des Nachrichtablättle vom 1. Februar 2018 en de Händ hält. Dao prangt auf dr ersa Seite, dia ja normalerweis dr Verwaltung g'hört, a groaße Ei'ladong zur Info-Vera'staltong über a Bürgerbeteiligong am groaße Freiluft-Solarpark nordwestlich vom Bahhof, der scho seit März 2017 en Betrieb isch.



Isch des jetzt a Werbong der Kommanditgesellschaft aus Ellzee (Handelsregisternummer 12808, ei'traga en Memminga), dia ao dao drfür da A'zoigapreis zahlt, oder war des a kostaloser Freindschaftsdienst osrer Verwaltung? Ob's dao drauf a vernünftiga Antwort aus am Raothaus gibt, isch dr Osiander scho g'schpannt.

Als vor viele Jaohr a Solar-A'lag auf am Dach vom Hauptschualgebäude em Gespräch war, hat jedafalls d'Gmoid koi Werbong drfür g'macht – ond dia A'zoiga em Nachrichtablatt zur Info-Vera'staltong ond zur spätra Gründong dr „Bürger-Sonnen-Kraftwerk Sontheim GbR“ hat dr SPD-Ortsverei zahla müaßa.

Aber dass mer os et falsch verstandat: Dr Osiander hält so an Solarpark ond a Bürgerbeteiligong dra natürlich für a guata Sach. Dass dui Firma aber glei a Mindestbeteiligong von 18.000 € verlangt, isch ganz gwieß et bürgerfreundlich.

Osern Schultes ka ma ja oft em Gmoidsblättle seha, wia er fotogen mit alte Leit oder jonge Mädla en d'Kamera lächelt. Zoiga sott er sich vielleicht ao amaol em Bauhof, wo anscheinend, wia ma so hört, andre Leit Weihnachtgriaß ond ihran Dank für d'Arbeit em vergangana Jaohr überbrengeat. Oder vielleicht ao auf de Baustella, om dao nach am Rechta zom gucka, wenn ebbas schiaf lauft. Aber jetzt hat für heut gnuag g'schwätzt, g'fraogt ond bruddlat dr alt

Wahlrechtsreform löst Koalitionskrise aus



Bereits in der vergangenen Legislaturperiode, als die SPD in Baden-Württemberg Regierungspartei war, wurde eine Kommission gebildet, um die Reform des Landtagswahlrechts in Angriff zu nehmen. Damals scheiterte eine Änderung des Wahlrechts, weil viele Abgeordnete aus allen Fraktionen am bisherigen Wahlrecht festhalten wollten. Zentrales Argument war und ist die Tatsache, dass eine Verteilung der Zweitmandate auf Basis der erzielten Ergebnisse in den Wahlkreisen demokratischer sei, als eine Verteilung über Parteilisten.

Allerdings biete das bisherige Wahlrecht jenseits der Frage, welche Kandidaten in den Wahlkreisen nominiert werden, keine Steuerungsmöglichkeit, z.B. wenn es um die Frage geht, wie der Anteil von Frauen im Landtag erhöht werden kann. Deshalb muss darüber nachgedacht werden, wie die Vorteile des bisherigen Systems bewahrt und gleichzeitig die Nachteile reduziert werden können. Diese Fragen habe ich mit meiner Fraktion in vielen Diskussionen erörtert, und wir haben mittlerweile einen Vorschlag ausgearbeitet, der als Kompromiss zwischen den derzeit unversöhnlichen Positionen von CDU und Grünen dienen könnte. Allein das Wahlrecht wird aber nicht über den Frauenanteil im Parlament entscheiden. Trotz Zwei-Stimmen-Wahlrecht und Verteilung der Zweitmandate über Parteilisten sitzen nur 30 Prozent Frauen im Bundestag. Das hat schlicht damit zu tun, dass die CDU in Baden-Württemberg in 35 von 38 Wahlkreisen Männer nominiert hat. Wir müssen deshalb mehr Frauen dazu bringen, sich aufstellen zu lassen, und wir müssen sie bei ihrer Kandidatur stärker unterstützen. Und zwar nicht nur Frauen, sondern auch mehr jüngere Kandidatinnen und Kandidaten oder auch Menschen mit Migrationshintergrund. Seit mehr als einem Jahr warten wir also nun auf eine Einladung der Regierungsfractionen, um endlich über die Reform des Wahlrechts zu verhandeln. Stattdessen

hatte die CDU-Fraktion unter Führung von Wolfgang Reinhart Ende Januar beschlossen, keinerlei Änderungen am Wahlrecht vorzunehmen. Obwohl diese Aktion in erster Linie Innenminister Thomas Strobl brüskieren und dem Landesparteichef klarmachen sollte, dass er keinen Rückhalt in der Fraktion hat, stellte sie doch eindeutig den Bruch des Koalitionsvertrages dar. Sie zeigte erneut, wie groß die Unterschiede und das Misstrauen zwischen CDU und Grünen wirklich sind.

Dieser Streit löste eine Regierungskrise aus. Die daraufhin folgende hilflose Einrichtung eines Gremiums, das nun feststellen darf, inwieweit die Ziele des Koalitionsvertrages weiter verfolgt werden sollen, wird den erneuten Ausbruch einer Krise zwischen den Regierungspartnern nur vertagen. CDU und Grüne passen grundsätzlich nicht zusammen. Ihre Positionen sind weitgehend unvereinbar. Das Thema Wahlrecht ist dabei nur ein Beispiel, das zeigt, dass diese Zweckhe nicht funktioniert, ja nicht funktionieren kann. Die Auseinandersetzung um das Wahlrecht lässt sich nicht einfach – wie so viele andere strittige Themen – mit Geld aus den vollen Haushaltskassen zuschütten, was bisher gängige Praxis in der Koalition war. Eine Regierung, die sich als Stuhlkreis organisiert, ist nicht handlungsfähig.



Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wenn Sie Fragen oder Probleme in kommunalen Angelegenheiten haben, finden Sie mit unseren Mandatsträgern kompetente Ansprechpartner:



Gemeinderat und Kreisrat	Reiner Lindenmayer	4960
Gemeinderätin	Elisabeth Lahmeyer	922342
Gemeinderätin	Sabine Malisi	8263
Gemeinderätin	Anja Kutschera	9679830
Gemeinderat	Michael Richter	921762
Gemeinderat	Steffen Ullrich	929234
Gemeinderat	Jürgen Mäck	6132

Von Gemeinderätin Anja Kutschera

Sitzung vom 21.11.2017

Für die Sanierung des ehemaligen Hauptschulgebäudes stellt Architekt Rechthaler die eingegangenen Angebote vor. Die Vergabe der einzelnen Gewerke wird beschlossen. Die Summe aller Angebote liegt ca. 13 % unter der Kostenschätzung.

Aus der Bürgerschaft kam die Anregung, die Nutzung des Gemeindeverbindungswegs Sontheim-Bergeweiler (Verbindungsstraße unterhalb der Bahnlinie) zu beschränken, da es hier oftmals zu gefährlichen Verkehrssituationen kommt. Es soll nun eine Verkehrsschau stattfinden und eine mögliche Sperrung für Pkw an Sonn- und Feiertagen geprüft werden. Einer Vollsperrung steht der Gemeinderat eher kritisch gegenüber.

Da nach Ansicht der Gemeindeverwaltung eine Komplettanierung der Hermann-Eberhardt-Halle unumgänglich ist, stimmt der Gemeinderat mehrheitlich zu, statt der geplanten kontinuierlichen Sanierung der Duschkabinen eine Reihe von einfachen Unterhaltungsmaßnahmen durchzuführen, um eine Generalsanierung möglichst noch hinauszuzögern.

Sitzung vom 23.1.2018

Haushaltsreden und Verabschiedung des diesjährigen Haushaltsplans. SPD-Antrag zur Begrenzung der Kreditaufnahme (ausführlicher Bericht Seite 5).

Kurz und knapp



aus dem Gemeinderat



Von Gemeinderat Michael Richter

Neue Norma-Planung sehr begrüßenswert

Nachdem die Firma Norma bereits vor geraumer Zeit gegenüber der Gemeinde Sontheim zu verstehen gegeben hat, dass der Wunsch nach einer Vergrößerung der Räumlichkeiten vor Ort in der Schillerstraße oder alternativ an einem anderen Standort besteht, gab es immer wieder Gespräche, die jedoch zunächst nicht den aus Norma-Sicht gewünschten Erfolg brachten.

Der einstmals von der Firma Norma ins Auge gefasste Standort gegenüber vom Rathaus auf dem ehemaligen Grundstück Dr. Herrmann wurde von vielen Bürgern abgelehnt, weil dort ein Supermarktgebäude mit großem Parkplatz nicht in unser Ortszentrum gepasst hätte. Auch ein Neubau beim Kreisel am Ortsende von Brenz in Richtung Medlingen wäre – was die Erreichbarkeit anbelangt – sicher nicht glücklich gewesen und hätte einen großen Verbrauch von wertvollem Ackerboden bedeutet.

Als nun aber das Baugeschäft Schauz den Betrieb eingestellt hatte, war die Chance auf eine Standortsicherung der Firma Norma am jetzigen Standort zwischen der Schillerstraße und der Umlandstraße da.

In der Gemeinderatssitzung vom Januar 2018 hat die Firma Norma nun bereits ein Baugesuch eingebracht und ihre Pläne dargestellt. Neben einer Vergrößerung der Verkaufsfläche soll zusätzlich noch ein Fachmarkt einbezogen werden. Um welchen Fachmarkt es sich hierbei handelt, ist bislang jedoch noch nicht bekannt.

Die SPD-Fraktion begrüßt die Entscheidung der Firma Norma, nun doch am seitherigen Standort zu bleiben und sich dort zu erweitern, da ein Lebensmittelmarkt mitten im Ort, der fußläufig zu erreichen ist, insbesondere für die Entwicklung im innerörtlichen Bereich als sehr wichtig und nachhaltig einzustufen ist. Noch dazu hat sich gezeigt, dass auch Lebensmittelunternehmen mitten im Ort erfolgreich sein können und diese hierfür nicht unbedingt auf die „grüne Wiese“ müssen. Man darf also gespannt sein, wie sich diese Sache zukünftig entwickeln wird.



Bürgerprotest im Jahr 2013 gegen den geplanten Norma-Standort beim Rathaus. Foto: W. Mähler

Haushaltsplan der Gemeinde für 2018 wurde beschlossen



Foto: www.sontheim-brenzide

Am Dienstag, dem 23. Januar 2018, wurde nach dem Vortragen der Haushaltsreden unser diesjähriger Haushaltsplan verabschiedet. Das Korsett ist geschnürt, und die vorgesehenen Investitionen für das laufende Jahr 2018 sind zu Papier gebracht.

Neben der energetischen Sanierung des Hauptschulgebäudes sollen Finanzmittel in die Sanierung des Finkenweges, die Ausweisung weiterer Baugebietsflächen und die Einrichtung einer weiteren, unbestritten notwendigen, Kindergartengruppe gesteckt werden. Allein Letzteres, die Entscheidung über die Einrichtung einer neuen Kindergartengruppe, verspricht eine interessante Diskussion.

Während ein aufgeschlossener Teil des Gemeinderates einen Waldkindergarten bevorzugen würde, findet sich auch ein Teil, der diese Gruppe gerne im Franziskuskindergarten untergebracht sehen würde. Das Konzept der Waldkindergärten stammt ursprünglich aus Skandinavien und wurde erstmalig in den 1950er Jahren im dänischen Sölleröd umgesetzt. Also nichts Neues, sondern Bewährtes und Ergänzendes für unsere Kinder in Sontheim, Brenz und Bergenweiler.

Brenzsteg kommt nun doch nicht

Der wichtige Wunsch nach einer fußläufigen Verbindung vom Baugebiet "Oberer Bogen" über die Brenz in Richtung Sontheim, fand bei der Beratung des Haushaltsplanes zuerst eine überwältigende Mehrheit im Gremium. Ein erster im Haushaltsplan vorgesehener Betrag in Höhe von 120.000 Euro wäre ein guter Einstieg gewesen, um endlich diese Maßnahme in Angriff nehmen zu können.

Aus Sicht der SPD-Fraktion wäre ein Brenzsteg eine dringend notwendige Verbindung für die Bewohner südlich der Medlinger Straße. Immerhin wurden im letzten Abschnitt des Baugebiets „Oberer Bogen“ nochmals 13 Bauplätze ausgewiesen. Mit diesem Steg könnte Fußgängern und Radfahrern der Umweg über den Marktplatz, die verkehrsreiche Sontheimer Straße, bzw. über die ebenfalls gut befahrene Bächinger Straße/Eichendorffstraße erspart bleiben. Außerdem wäre dadurch der Spielplatz an der Heinrich-Heine-Straße für die Bewohner des Baugebietes leicht erreichbar. Ein Neubau eines Spielplatzes wäre somit nicht erforderlich. Doch leider wird dieser Steg in absehbarer Zeit nicht

kommen, da sich in der letzten Gemeinderatssitzung am 20.2.2018 die FWV gegen diese, zunächst von vielen Räten als sinnvoll gepriesene Lösung ausgesprochen hat. Und dies mit dem Argument, das die SPD-Fraktion bereits seit fast 10 Jahren ins Feld führt, aber bislang auf wenig Gehör gestoßen ist: nämlich bewusst mit den Finanzmitteln umzugehen und zuerst den Pflichtaufgaben nachzukommen. Wobei meine Fraktionskollegen/innen und ich bei diesem neuen großen Baugebiet mit seinen zahlreichen Bauplätzen und dem fehlenden, aber geforderten Kinderspielplatz, diese Investition als Pflichtaufgabe betrachten. Die Finanzierung wäre nach unserem Vorschlag über zwei Haushaltsjahre verteilt in jedem Fall zu stemmen gewesen.

SPD-Antrag zur Begrenzung der Kreditaufnahme

Um die hohen Schulden unserer Gemeinde in den Griff zu bekommen, wurde von unserer Fraktion im Rahmen der Verabschiedung des Haushaltsplanes ein konkreter Antrag in den Gemeinderat eingebracht.

Sollte dieser Antrag eine mehrheitliche Zustimmung im Gemeinderat finden, so würden wir uns die Pflicht auferlegen, nicht mehr Kredite aufzunehmen, als die Gemeinde im selben Jahr an ordentlichen Tilgungen vornimmt. Damit könnten wir trotzdem weiterhin Projekte umsetzen – natürlich, und ähnlich wie im privaten Bereich, mit zeitlichen Verzögerungen. Parallel hierzu bestünde sogar die Chance, bei unerwarteten Mehreinnahmen Rücklagen zu bilden oder gar Schulden abzubauen.

Dass ein solcher Weg nicht leicht sein wird, steht für uns außer Frage. Als Konsequenz der Verabschiedung einer solchen Satzung dürften wir im Jahr 2018 lediglich 543.000 Euro an Krediten aufnehmen, anstatt der jetzt vorgesehenen 1,24 Mio. Euro.

Wir hoffen, mit diesem Antrag die Zukunftsfähigkeit unserer Gemeinde zu erhalten und sogar zu stärken.

Eine revolutionäre, aber gute Idee:

Kostenlose öffentliche Verkehrsmittel

In vielen deutschen Städten gibt es zunehmend große Probleme mit Luftschadstoffen, die durch zu viel Verkehr entstehen. Ein weiteres großes Problem sind die inzwischen tagtäglich vorkommenden zahlreichen Staus auf deutschen Autobahnen und Bundesstraßen. Nun hat die Bundesregierung kürzlich (auch auf Drängen der EU) vorgeschlagen, in etlichen Städten versuchsweise die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln (wie Züge, U-Bahnen, S-Bahnen, Omnibusse und Straßenbahnen) kostenlos anzubieten, um damit zu erreichen, dass der Individualverkehr deutlich abnimmt. Es kann ja auch zurecht davon ausgegangen werden, dass dadurch viele Autofahrer auf öffentliche Verkehrsmittel umsteigen würden. Auch auf die Parkplatznot in vielen Innenstädten würde sich dies positiv auswirken.

Doch kaum wurde der Vorschlag publik, kam von vielen Seiten scharfe Kritik. In manchen Medien wurde er von etlichen besserwisserischen Kommentatoren gleich in Bausch und Bogen verdammt. Das Ganze käme den Staat, bzw. den Kommunen viel zu teuer, hieß es, und außerdem wären dann Züge und Busse hoffnungslos überfüllt.

Es ist natürlich klar, dass zur Verwirklichung dieser Idee die öffentlichen Verkehrsmittel in den nächsten Jahren kräftig ausgebaut werden müssten. Das Angebot sollte attraktiv und kundenfreundlich sein, so dass man jederzeit problemlos aufs eigene Auto verzichten könnte und trotzdem in annehmbarer Zeit überall hinkäme.

Volkswirtschaftlich sinnvoll und rentabel

Dass ein solcher Ausbau unserer öffentlichen Verkehrsmittel und ihre kostenlose Benutzung viel Geld kosten würde, ist klar. Doch bedenken Sie bitte einmal, wieviel Zeit und damit auch Geld durch die vielen derzeitigen Staus verloren geht! Außerdem entstehen durch den Individualverkehr volkswirtschaftlich gesehen jedes Jahr Schäden in mindestens zweistelliger Milliardenhöhe. Dies kosten die zahlreichen Personen- und Sachschäden durch Unfälle, durch Abgase verursachte Krankheiten und Schäden an Gebäudefassaden. Experten behaupten deshalb wohl zurecht, dass ein kostenloser öffentlicher Verkehr volkswirtschaftlich betrachtet im Endeffekt sogar billiger käme. Natürlich kann die Errichtung eines solchen Systems nicht von heute auf morgen erfolgen. Der Ausbau eines leistungsfähigen öffentlichen Verkehrssystems benötigt sicher etliche Jahre Zeit – aber man sollte bald damit beginnen. Anfangs könnte man die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel durch staatliche Subventionen schrittweise verbilligen, bis man sie dann später kostenlos anbietet.

Das Fernziel eines gut funktionierenden und kostenlosen öffentlichen Verkehrs sollte man in Deutschland (wie übrigens schon in manchen anderen Ländern praktiziert) unbedingt anstreben. Es würde uns allen eine gesündere, bessere Luft, weniger Staus, weniger Unfälle, weniger Stress und somit eine höhere Lebensqualität bescheren.



Der Mindestlohn hat sich inzwischen bewährt

Ein wichtiger Erfolg der SPD in der letzten Großen Koalition war die Einführung eines Mindestlohns von 8,50 € pro Stunde. Letztes Jahr wurde dieser Betrag im Zuge der allgemeinen Lohnentwicklung auf 8,84 € erhöht, und ab 2019 soll er auf 9,19 € steigen. Davon profitieren nun einige Millionen Menschen, die vorher vor allem bei so genannten Minijobs teilweise nur 5 oder 6 € pro Stunde bekamen.

Vielleicht erinnern Sie sich, liebe Leserinnen und Leser, noch an die heftigen Diskussionen und Widerstände, die es beim Mindestlohn gab. CDU, CSU sowie FDP sträubten sich genauso wie Arbeitgeberverbände und konservative Medien gegen die Einführung. Es gab viele Unkenrufe, die den Verlust zahlreicher Arbeitsplätze und große Nachteile für die deutsche Industrie sowie Handwerk- und Dienstleistungsbetriebe prophezeiten. Doch nichts von alledem ist eingetreten. Die Zahl der Beschäftigten in Deutschland war noch nie so hoch wie gegenwärtig, und befürchtete große Preissteigerungen blieben ebenfalls aus.

Zwei Probleme sehe ich aber trotz der Erfolgsgeschichte beim Mindestlohn:

Erstens gibt es immer wieder Tricksereien und Betrügereien (vor allem im Minijob-Bereich), um den festgesetzten Mindestlohn zu unterschreiten. Hier muss der Staat unbedingt durch strenge Kontrollen dafür sorgen, dass solche krummen Touren unterbleiben.

Zweitens halte ich den derzeitigen Mindestlohn immer noch für zu niedrig. Folgendes Beispiel soll dies verdeutlichen: Selbst wenn jemand mit einer 38-Stunden-Woche an 22 Tagen im Monat arbeitet, kommt er maximal auf einen Bruttolohn von (7,6 Stunden pro Tag x 22 Tage x 8,84 €) 1.478,05 € im Monat. Nach Abzug der Sozialabgaben für Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie Steuern dürften ihm netto kaum mehr als 1.000 € bleiben. Eine alleinstehende Person mag damit vielleicht gerade so über die Runden kommen – eine Familie kann davon aber sicherlich nicht leben und ist nach wie vor auf staatliche Hilfe angewiesen.



Marktaktion für inklusive Musik-Band

Bei der Hauptversammlung des SPD-Ortsvereins am 2. Februar 2018 wurde von den Mitgliedern beschlossen, den Reinerlös der Marktaktion beim Sontheimer Josefsmarkt einer Band zukommen zu lassen, die beim diesjährigen Neujahrsempfang der Gemeinde auftrat. Die Band, in deren Reihen Jugendliche und junge Erwachsene mit und ohne Behinderung harmonisch zusammenwirken, erhielt dabei für ihre Auftritte viel Beifall.

Durch den schon traditionellen Verkauf von Kaffee und Kuchen will der SPD-Ortsverein das Engagement dieser Band unterstützen. Bitte besuchen Sie, liebe Einwohner, unseren Marktstand vor dem alten Rathaus beim Josefsmarkt am

Montag, dem 19. März 2018.

Wir freuen uns auf Sie !!!

Von Franz Kaiser



Eine ganz besondere Musikgruppe



Fotos: Franz Kaiser

Die **inklusive Band „Schlagwerker“** wurde vor 10 Jahren vom Musiktherapeuten Werner Kopeczki und Schülern der Herbrechtinger Pistoriuschule gegründet. Ihre Feuertaufe bestanden die Schlagwerker mit einem selbst komponierten Lied für die Konfirmation von fünf Bandmitgliedern.

Mittlerweile entwickelte sich in den vergangenen Jahren das musikalische Repertoire enorm weiter. Im Klangbild und Sound mischen sich unterschiedliche musikalische Stile wie Rumba, Bossa Nova, Samba und Klassiker der Populärmusik. Die Musiker mit und ohne Handicap unterhalten mit Posaune, Percussion, Gitarre, Geige, Marimbaphon und vielen weiteren Instrumenten.

Vor kurzem erst fand das 10jährige Jubiläumskonzert in der Schranne in Giengen vor vollbesetztem Hause statt. Das Schlagwerker-Ensemble besteht aus 10 bis 12 Musikern, von denen drei Bandmitglieder in Sontheim und Bächingen zu Hause sind.

Wir bedanken uns schon jetzt im Voraus für die Spende des SPD-Ortsvereins Sontheim-Brenz, die wir für unsere neue CD, die im Herbst produziert werden soll, verwenden werden.



Von Gemeinderat Reiner Lindenmayer



Bürgersolarpark ohne Bürgerbeteiligung?

Im Nachrichtenblatt Nr. 5 stand es geschrieben: Auf der ersten Seite durfte nach Meinung der Verwaltung endlich eine Einladung zu einer Informationsveranstaltung zum Sontheimer Bürgersolarpark stehen. Eine bessere Werbung dafür als auf der ersten Seite des Nachrichtenblattes gibt es (fast) nicht. Lange wurde diese Einladung versprochen und oft wurde im Gemeinderat angemahnt, wann denn endlich die Veranstaltung zur Bürgerbeteiligung am Solarpark stattfinden wird.



Solarmodule soweit das Auge reicht: Etwa 12.500 Solarmodule wurden entlang der Bahnlinie installiert.

Foto: G. Neumann

Um dieses Projekt verwirklichen zu können, legte sich unsere Gemeindeverwaltung nicht wenig ins Zeug: Feldwege wurden aufgegeben, Ausgleichsflächen wurden gesucht und ein Bebauungsplan erstellt. Im März 2017 ging er dann ans Netz, der Solarpark von der „Solarpark Sontheim GmbH & Co. KG“ mit Sitz in 89352 Ellzee.

Zahlreiche Bürger von Sontheim kamen dann erwartungsvoll zu der Veranstaltung ins „Kult“. Auch ich interessierte mich als Privatperson, aber auch als Gemeinderat, für die erste auf Sontheimer Gemarkung gebaute Freiflächen-Solaranlage. Immerhin wurde auf über 4,2 ha Fläche eine Fotovoltaikanlage mit 2.996,4 kWp errichtet. Die Investitionssumme betrug mehr als 2,5 Mio. Euro. Das eingebrachte Eigenkapital betrug dabei 356.940 Euro und kann nun von Interessenten/Bürgern erworben werden.

Allerdings, so möchten es die Verantwortlichen, soll das Kapital auf nicht mehr als 20 Personen/Partien verteilt werden. Das bedeutet, dass eine Beteiligung erst ab einer Summe von mindestens 17.847 Euro möglich ist.

Da stellt sich dann für mich schon die Frage: „Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?“

Andere Bürgersolarparks freuen sich auf Einlagen ab 1000 Euro. Eine Beteiligung zahlreicher Bürger wäre bei derartigen Beträgen möglich, wie es z. B. in Bächingen oder Hermaringen praktiziert wurde. In Hermaringen sind wohl rund 180 Personen beteiligt.

Das kann sich dann doch wohl eher Solarpark mit Bürgerbeteiligung nennen.

Mit dieser hohen Mindesteinlage ist dies nach meiner Meinung aber kein „Angebot zur Bürgerbeteiligung“.



Spendenkonto: KSK Heidenheim

IBAN: DE17 632 500 300 001 138 823

Verantwortlich:

Corina Koller
Günther Neumann

Redaktionsanschrift:

Württembergstr. 8
89567 Sontheim
corinafranz@yahoo.de

Herausgeber:

SPD-Ortsverein Sontheim-Brenz
Lange Str. 22
89567 Sontheim

Herstellung:

Layout: Günther Neumann
Druckerei: Benz, Giengen/Brenz

Auflage: 2.200

